

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen  
Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 16.

Berlin, den 31. Dezember 1916.

11. Jahrgang.

## An unsere Mitglieder!

Viele unserer Mitglieder sind durch ihre berufliche Tätigkeit derart in Anspruch genommen, daß sie von den Funktionären unserer Organisationen, die ihnen das Mitteilungsblatt zustellen wollen, nicht in ihrer Wohnung angetroffen werden können. Andere wieder werden durch den Heeresdienst, dann aber auch in nächster Zeit unter der Wirkung des Hilfsdienstgesetzes oder in der freien Ausübung ihrer Berufstätigkeit gezwungen, wenn auch nur vorübergehend, ihren Wohnsitz zu wechseln. Um all diesen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, überall schnell und möglichst billig

### das Mitteilungsblatt

zu beziehen, und um ferner auch den in den Vororten Groß-Berlins wohnenden Genossen das Organ der Berliner Parteibewegung auf dem schnellsten Wege zustellen zu können, haben wir dessen Eintragung in die

### Postzeitungsliste

veranlaßt. Das Mitteilungsblatt kann also von jetzt ab durch jedes Postamt zum Preise von 72 Pfennig für das Vierteljahr (einschließlich Bestellgeld) frei ins Haus bezogen werden.

Angesichts der Bedeutung, die unter den gegenwärtigen Zeitumständen das Mitteilungsblatt für unsere Berliner Parteibewegung und unser Organisationsleben hat, bitten wir, recht zahlreich von der Möglichkeit des Postabonnements Gebrauch zu machen. Gleichzeitig erinnern wir die Mitglieder unserer Groß-Berliner Organisationen an ihre Pflicht, für die Weiterverbreitung des Mitteilungsblattes mit allen Kräften Sorge zu tragen.

Mit Parteigruß

Der Aktionsauschuß. J. A.: Adolf Hoffmann.

### Rückblick.

Das Jahr 1916, das dritte Jahr des Weltkrieges, geht zur Rüste. Aus dem Meere der Ewigkeit taucht das Jahr 1917 auf, das von aller Welt als Friedensjahr begrüßt wird. Ob dieser neue Zeitabschnitt der Menschheit den heißersehnten Frieden bringen wird, wer wagt das jetzt in den letzten Tagen des scheidenden Jahres zu sagen? Zu tief haben sich die kriegsführenden Staaten in hemmungsloser Vernichtungswut ineinander verbissen, zu lange haben die Stimme des Hasses, das Geklirr der Schwerter und der Donner der Kanonen die Regungen der Vernunft und das Verlangen nach Verständigung übertönt, als daß die Hoffnung auf ein baldiges Ende der unheilvollen Völkertatatsrophe frei von allem Zweifel in unseren Herzen spritzen könnte. Wohl haben sich in unseren Tagen die Anzeichen gemehrt, daß auch die Regierungen an eine Beendigung des Völkerrwürgens denken, aber die Schar derer, die

den vernichtenden und zerschmetternden Sieg über den Gegner exträumen, ist noch immer verhältnismäßig groß und ihr Einfluß ist in allen Ländern nicht gering, so daß man noch immer und überall das Weiterrasen der nationalen und kriegerischen Leidenschaften befürchten muß, obwohl in der Tiefe des Volkes schon seit langem ein heißes Friedensverlangen sich regt und immer ungestümer zum Lichte drängt.

Mag das kommende Jahr aber das Los der Menschheit nach der einen oder der anderen Seite werfen, für uns als die Jünger und Streiter des Sozialismus und der Demokratie bleibt an dieser Jahreswende die Hauptpflicht, stärker denn je unseren Friedens- und Verständigungswillen zu betonen und die Sache des Sozialismus und der Demokratie mit reinem Schilde, unbefleckt und ungetrübt durch irgendwelche politische und moralische Mitschuld an diesem Fieberdelirium der Menschheit, herauszuführen aus dieser Kriegsepoche zu einer an Aufgaben übervollen Friedens-

arbeit. Mit blutigen Striemen hat das furchtbare Völkerringen uns Erkenntnisse und Lehren eingepeitscht. Diese für unsere Ziele, unsere Kämpfe, unsere Bewegung nutzbar zu machen, wird, wie wir alle hoffen, das heraufziehende Jahr von uns verlangen. Neue Aufgaben, schwere Kämpfe werden an uns herantreten, es gilt, neu aufzubauen und auszubauen, was in unserer Bewegung zusammengebrochen und unzulänglich geworden ist, es gilt zu reinigen und auszumerzen, was sich unter dem Anprall des Kriegsturmes als morsch und unzuverlässig erwiesen hat. Wir sind nicht weltfremde Illusionisten, die da meinen, daß mit dem Klange der Friedensglocken ein goldenes Zeitalter anbrechen werde, daß der Friede, der liebliche Knabe, die Flöte blasend über grüne Matten dahinziehen wird, und daß all' Jehd' nun ein Ende hat; wir wissen vielmehr, daß uns als Erbschaft und Wirkung dreier, das ganze Weltgefüge erschütternder Kriegsjahre schwere Kämpfe und große Aufgaben auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen, sozialen und geistigen Lebens erwachsen werden. Das gibt uns aber auch in diesen Tagen des Zweifels und der Ungewißheit die hoffnungsvolle Zuversicht, daß wir durch diese Kämpfe den Zielen des Sozialismus näherkommen, da die Massengräber und die grausigen Spuren und Folgen einer dämonisch organisierten Vernichtungsarbeit für viele eine eindringliche Sprache reden und sie unserer Werbearbeit geneigt machen werden.

Die nächste Aufgabe aber, um zu diesem Ziele zu gelangen, besteht darin, den Verwirrungen und Berirrungen, die die Kriegspfrichoße und der aus dem Belagerungszustande folgende Mangel an demokratischer Kontrolle in unserer Bewegung angerichtet haben, zu steuern, und unsere sozialistischen und demokratischen Ziele ebenso geradlinig zu verfolgen, wie die Feldherrn ihre militärischen Ziele verfolgten.

Es ist ja eine Binsenwahrheit, die jetzt von allen Richtungen der Partei mit besonderem Nachdruck den Arbeitern zugerufen wird, daß die kommenden Kämpfe nur mit einer geschlossenen und in ihrer Organisation einheitlichen Arbeiterschaft mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden können. Aber im Laufe der Kriegsjahre haben sich doch in manchen Köpfen recht sonderbare Begriffe von Einheit und Geschlossenheit gebildet. Da redet man im Lager unserer Kriegssozialisten gar viel von dem Willen und dem Handeln der sozialdemokratischen Partei als Ganzem im Laufe der Kriegszeit und läßt dabei ganz außer Acht, daß der Gesamtwillen der Partei seit nahezu vier Jahren nicht hat zum Ausdruck kommen können, daß die einzelnen Parteiorganisationen unter der Fessel des Belagerungszustandes nur ganz unvollkommen zu den brennendsten Zeitfragen in einer der demokratischen Grundlage unserer Partei entsprechenden Weise Stellung nehmen konnten, daß die Parteipresse, vor allem die, deren Ueberzeugung der von Parteivorstand und Fraktionsmehrheit und damit in den meisten Fällen auch behördlich abgestempelten Kriegspolitik zuwiderlief,

von der Zensur an der Vertretung ihrer Meinung gehindert wurde. So verkümmerte mehr und mehr der lebendige, demokratische Grundcharakter unserer Partei und eine Anzahl bürokratischer und parlamentarischer Einzelorgane erhielten Handlungsfreiheit, die nur zu oft zur Annäherung von Machtvollkommenheiten und zur Festlegung der Partei auf politische Fäden führten, die den Anschauungen weiter Parteikreise nicht entsprachen, über die der demokratische Wille der Gesamtpartei ein entscheidendes Urteil nicht abgeben konnte. So ist es gekommen, daß Handlungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie z. B., um nur die wichtigsten zu nennen, die Bewilligung der Kriegskredite, die Zustimmung zum Zivildienstgesetz usw., von ihr und der ihr ergebenen Parteipresse als eine dem Willen der Gesamtpartei entsprechende politische Aktion hingestellt wurden, obwohl die Partei, ja nicht einmal die einzelnen Parteiorganisationen, weder vorher gefragt worden sind (auch nicht immer gefragt werden konnten), noch bis heute ihre Billigung oder Ablehnung aussprechen konnten. So richtig es ist, daß die Uebertragung eines sozialdemokratischen Reichstagsmandates der Ausdruck des demokratischen Vertrauens der betreffenden Parteikörperschaften darstellt, so wenig bedeutet das Mandat eine verantwortungslose Vollmacht für den Gewählten, noch weniger aber entbindet es den parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie von der Unterwerfung unter den konzentrierten demokratischen Parteiwillen, wie er in den Parteitagsbeschlüssen und den Beschlüssen der internationalen Kongresse seinen Niederschlag gefunden hat. Diese Beschlüsse mochten im Einzelnen irrig und unzulänglich sein, sie mochten bei der hereinbrechenden Sturmflut des Weltkrieges von neuen, ungeahnten Problemen umbrandet und umtost werden, das demokratische Grundrecht der Partei durfte aber nicht preisgegeben werden, ebensowenig wie die Sache des Sozialismus mit allerlei imperialistischen und nationalistischen Tendenzen verkoppelt werden durfte. Wir haben aber erleben müssen, daß die Fraktionsmehrheit für ihre Beschlüsse eine Art Unfehlbarkeitsdogma aufstellte, daß sie in einer Zeit, in der man für die demokratischen Garantien ein doppelt geschärftes Feingefühl und für die, die anderer Meinung waren, ein reiches Maß von Duldsamkeit hätte haben müssen, die Anschauungen der Minderheit mit den formalen Machtmitteln einer parlamentarischen Geschäftsordnung zum Schweigen zu bringen suchte. Die natürliche Folge einer solchen Versträubtheit für die Gewissensbedenken derer, die in der Politik des 4. August und deren Konsequenzen nicht das Heil der Sozialdemokratie und des deutschen Volkes erblicken konnten, war dann im März des zu Ende gehenden Jahres die Hinausdrängung der oppositionellen Minderheit aus der Reichstagsfraktion. Die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ist von den Vertretern der Mehrheitspolitik und all den Sozialisten, die ihren Frieden mit dem Kriege geschlossen hatten, als ein Disziplinbruch verlästert worden. Wer aber

die Forderungen der Demokratie nicht rein schematisch auffaßt, wer, von seinem politischen Gewissen gedrängt, den in Parteitags- und internationalen Beschlüssen kristallisierten demokratischen Gesamtwillen der Partei über einen im engen Fraktionsrahmen gefaßten Beschluß setzt, wer das angeblich auch der Fraktionsmehrheit am Herzen liegende Ziel einer schnellen Beendigung des Völkerringens nicht dadurch zu erreichen glaubte, daß man alle Kriegsmittel begeistert und bedingungslos immer wieder bewilligte, der mußte in dem Konflikt zwischen formaler Disziplin und den höheren Geboten des demokratischen Sozialismus sich für die letzteren entscheiden.

Die Konstituierung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft war eine Notwehraktion gegen die Kriegspolitik der Fraktionsmehrheit, des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsführer. Sie konnte nicht alle auf sie gesetzten Hoffnungen und überschwänglichen Wünsche erfüllen, dazu sind die Betätigungsmöglichkeiten auf dem Boden des deutschen Scheinparlamentarismus, der obendrein noch mit dem Bleigewicht des preußischen Dreiklassenhauses belastet ist, zu gering; außerhalb des Parlamentes aber stieß sie auf die Stacheldrahtzäune des Belagerungszustandes und auf die harte, auch von dem radikalsten Feuerkopfe nicht wegzudisputierende Tatsache, daß die besten, rührigsten und aktionsfreudigsten Elemente unserer Bewegung zu Hunderttausenden dem Kriegszwang unterlagen und in die Schützengräben, Etappen und Garnisonen verschlagen wurden. Es ist daher ein wenig geistreiches Vergnügen, wenn die Verfasser der Mehrheitspolitik über die „Unfruchtbarkeit“ der Arbeitsgemeinschaft witzeln, nicht minder ungerecht ist es aber, wenn von der äußersten linken Seite Taten von der Arbeitsgemeinschaft verlangt werden, die die ungestümen Mahner unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen selbst nicht fertig bringen.

Wir haben nicht die Aufgabe, an dieser Stelle die Begehungs- und Unterlassungssünden der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu rechtfertigen oder gar zu beschönigen. Mag man diese beurteilen, wie man wolle, ein unbestreitbares Verdienst hat das Inslebentreten der Arbeitsgemeinschaft doch gehabt: Es hat viele unserer Parteigenossen auf den Weg der Selbstbesinnung gebracht und hat ihnen die Augen über das Wesen der sich allmählich unfehlbar und allmächtig düntenden Fraktionsmehrheit geöffnet. Und wem der Blick dafür noch nicht geschärft war, der lernte sehen, als er das Weinen und Loben des Parteivorstandes wahrnahm, das nach der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft einsetzte. Die führenden Parteivorstandesmitglieder als Häupter der Fraktionsmehrheit und Hauptverantwortliche ihrer Kriegspolitik erblickten ihre Aufgabe darin, ihre und die Meinung von ein Paar Duzend anderer Führer der Partei als unbedingtes Dogma aufzuzwingen. Ihre Pflicht wäre gewesen, alle bürokratischen Härten zu vermeiden, die unter dem Kriegsdruck auseinanderstrebenden Teile der Partei wenigstens in der Organisation zusammenzuhalten; und

bei wirklich ehrlichem Bemühen um die Parteeinheit, bei etwas historischer Schulung und bei einigermaßen politischem und menschlichem Taktgefühl wäre das auch gelungen, bis der nächste Parteitag das Endurteil über die Kriegspolitik der Parteinstanzen gesprochen hätte. Aber das Gegenteil war der Fall; jede Äußerung der Opposition wurde als Verbrechen gebrandmarkt, unbefonnen und in der leidenschaftlichen Erregung über das Ziel hinauschießende Worte wurden aufgebraucht und an die große Glocke geschlagen, während man alles andere als sozialdemokratische Herzensergüsse eines Fendrich, Kolb, Heine, Peus, Lensch usw. mit milder Duldung hinnahm. Ein Gewaltstreik folgte dem anderen: Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft trug dem „Vorwärts“ die statutenwidrige Präventivzensur des Parteivorstandes ein, es kam der Gewaltstreik gegen die Duisburger Redaktion, und so fort, bis das große Werk dieser eigenartigen Wahrung der Parteeinheit gekrönt wurde durch den Oktober-Gewaltstreik gegen den „Vorwärts“ und die Berliner Parteioorganisation und seine Begleitererscheinungen, der Duldung der Sonderorganisation der Groger-Tuhrow-Gruppe und der gegen die Groß-Berliner Parteioorganisation gerichteten Gründung des Leseklubs „Vorwärts“.

Es ist ein wenig erfreuliches Bild, das uns der Rückblick auf die Parteivorgänge des verflossenen Jahres zeigt. Aber Klagen und Zürnen über das Geschehene nützt nichts. Wir wollen vielmehr der Wirklichkeit entschlossen ins Gesicht sehen und für alle Möglichkeiten gerüstet in das neue Jahr hinübergehen, bereit, mit allen Kräften für eine Gesundung unserer Bewegung zu wirken, damit sie den uns im Jahre 1917 wartenden Kämpfen gewachsen ist.

### Der „Vorwärts“ hat niemals den Berliner Parteigenossen gehört.

Diese geniale Entdeckung ist jetzt vom „Verlag“ des Vorwärts-„Vorwärts“ gemacht worden. In seiner Flugchrift „Zum Vorwärts-Boykott“, die wir in der vorigen Nummer des Mitteilungsblattes insoweit zur Kenntnis gebracht haben, als sie die „altenmäßige Darstellung“ des gegenwärtigen Vorwärts-Konfliktes zu geben vorpiegelt, stellt der „Verlag“, d. h. Richard Fischer, die Behauptung auf, nur der Parteivorstand habe ein Eigentumsrecht am „Vorwärts“, die Berliner Genossen hätten ein solches nie besessen.

Wir wollen es nicht machen, wie der Vorwärts-Vorwärts, der zwar die Worte „Loyalität“ und „Objektivität“ sehr viel im Munde führt, in Wirklichkeit aber die Rechte der Berliner Organisationen täglich vergewaltigt und seit dem 17. Oktober jede Meinungsäußerung der Berliner Genossen systematisch aus seinen Spalten fernhält. Wir haben keine Ursache, unseren Lesern die neueste Eigentumslehre des „Verlags“ und des Parteivorstandes vorzuenthalten und wollen daher den betreffenden Abschnitt aus der Verlagsflugchrift wörtlich wiedergeben, obgleich wir ganz genau wissen, daß angesichts der eigenartigen Begriffe von Parteirechten und Parteipflichten, die der Belagerungszustand in den Köpfen eines Richard Fischer und der Parteivorstandesmitglieder entstehen ließ, unsere Meinung und unsere Argumente

weder vom „Verlag“ noch vom Vorstands-Vorwärts mit gleichem Maße gemessen werden.

Hören wir also, was die Flugschrift des „Verlages“ über die Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“ zu sagen hat:

„Der „Vorwärts“ ist Eigentum der Gesamtpartei. Eigentum und Vermögen der Gesamtpartei verwaltet der Parteivorstand und ist dafür Jahr für Jahr dem Parteitag Rechenschaft schuldig.

Die Geschichte der Entstehung des „Vorwärts“ beweist dieses Eigentumsrecht der Gesamtpartei.

Das „Berliner Volksblatt“, der Vorläufer des „Vorwärts“, wurde im Jahre 1884 auf Veranlassung der damaligen Parteileitung im Verlage von Max Bading herausgegeben. Die Berliner Organisation hatte mit der Herausgabe nichts zu tun. Sie verhielt sich dem Blatte gegenüber sehr abwartend. Gegen Ende 1886 verlangte sie die Uebergabe des Blattes in ihre Hände. Dies wurde nicht grundtätlich abgelehnt, aber eine Einigung nicht sofort erzielt. Darauf erfolgte die Gründung der „Volkstribüne“, die allgemein als ein gegen das „Volksblatt“ ins Leben gerufenes Unternehmen aufgefaßt wurde. Bis zum Jahre 1890 erforderte das „Volksblatt“ Zuschüsse, die von Bading und Singer privatim geleistet wurden; von der Berliner Parteiorganisation wurde weder zur Gründung noch zur Erhaltung des Blattes irgendein Beitrag gegeben. Als im Jahre 1890 auf dem Parteitag in Halle die Frage des Zentralorgans für die Partei zur Entscheidung kam, wurde das „Volksblatt“ bedingungslos der Partei zur Verfügung gestellt. Max Bading bezieht den treuhändigen Verlag des zum „Vorwärts“ umgewandelten „Volksblattes“ weiter, bis derselbe im Jahre 1902 mit seiner Zustimmung auf die neugegründete Gesellschaft „Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.“ überging. In den letzten Jahren des „Volksblattes“ war den Berliner Parteigenossen das Vorschlagsrecht bei Besetzung der Stellen in der Redaktion und Expedition eingeräumt worden. Ebenso wurde bereits auf dem Erfurter Parteitag im Jahre 1891 auf Antrag des 1. Berliner Wahlkreises den Berliner Parteigenossen die Kontrolle über den lokalen Teil des „Vorwärts“ bewilligt, und auf dem Parteitag in Hamburg, im Jahre 1897, wurde diese Kontrolle ausgedehnt auf die tatsächliche und prinzipielle Haltung sowie die Verwaltung des „Vorwärts“ insofern, als die Einwände der Preßkommission dem Parteivorstand zur Erledigung übergeben wurden und vor Einstellung und Entlassung in Redaktion und Expedition der Preßkommission Mitteilung gemacht und deren Ansicht eingeholt werden sollte. Auf dem Parteitag in Hannover im Jahre 1899 wurden diese Konzessionen an die Preßkommission abermals erweitert und in § 25 des Parteistatuts festgelegt. Das Eigentumsrecht des Parteivorstandes am „Vorwärts“ ist aber in all den Jahren niemals bestritten oder auch nur diskutiert worden. Alle seit dem Jahre 1890 erzielten Ueberschüsse sind deshalb auch widerspruchlos an den Parteivorstand als dem Eigentümer des Blattes abgeliefert worden. Die heute von gewisser Seite aufgestellte Behauptung, der „Vorwärts“ sei Eigentum der Berliner Genossen, wird also durch diese Tatsachen schon widerlegt; denn andernfalls wäre es doch widersinnig gewesen, daß die Berliner Genossen sich diese Konzessionen vom Parteitag erbeten hätten, wenn sie das Eigentumsrecht des „Vorwärts“ besessen hätten.“

Nach dieser ganz funktelnagelneuen Auslegung der Parteigeschichte ist die Berliner Parteibewegung über ein Menschenalter lang in dem törichten Wahn befangen gewesen, ein eigenes Berliner Parteiorgan gehabt zu haben. Seit mehr als drei Jahrzehnten haben die Mitglieder der Berliner Parteiorganisationen in unermüdlicher Agitations- und Kleinarbeit für das Wachstum des „Vorwärts“ gesorgt, hat die berufene Vertretung dieser Organisationen, die Preß-

kommission, in zahllosen Sitzungen die Gestaltung und Verwaltung des „Vorwärts“ überwacht, um endlich im Jahre 1916 durch Meister einer tendenziös-einseitigen Geschichtsklitterung darüber belehrt zu werden, daß all ihr Mühen und Werben an ein „ungeeignetes Objekt“ verschwendet war. Allerdings haben auch Richard Fischer und der Parteivorstand ihre Erleuchtung erst durch den Belagerungszustand erhalten; den einen hat er vergessen lassen, daß seine formaljuristischen Verlegerbefugnisse nicht Attribute seiner persönlichen Macht, sondern der äußere Ausdruck eines auf Treu und Glauben beruhenden demokratischen Vertrauensverhältnisses darstellen; der andere aber hat, obgleich er in erster Linie als gewissenhafter Wächter aller demokratischen Garantien innerhalb und außerhalb unserer Bewegung berufen war, mit dem Stalk des Belagerungszustandes gepflügt, um unliebbare Meinungen totzuschlagen und sich zum alleinigen Herren des „Vorwärts“ aufzuwerfen, obwohl er selbst bis zum Ausbruch des Krieges den Gedanken an ein vorstandssoffizielles Organ weit von sich gewiesen hat.

Wie es in Wirklichkeit um die Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“ bestellt ist, werden die Berliner Genossen aus der nachstehenden Darstellung ersehen, die uns von einer mit der Geschichte der Berliner Bewegung und des Vorwärtsunternehmens wohlvertrauten Seite zugeht:

### Flunkereien gegen den „Vorwärts“-Bankrott.

„Es ist nichts so dumm, es findet doch sein Publikum“, sagte sich der Abgeordnete Richard Fischer, setzte sich auf seinen Hosenboden und schrieb ein „Zum Vorwärtsbankrott“ überschriebenes Flugblatt, in dem er die durch ihn bewirkte Schädigung des alten „Vorwärts“ und des Vorwärtsunternehmens durch allerlei Unwahrheiten zu beschönigen und zu vergrößern sucht. Unter den Fabeln, die da aufgetischt werden, spielen auch solche über die Entstehung und Eigentumsverhältnisse des „Vorwärts“ eine erhebliche Rolle. Das Fischersche Nachwerk bekommt es sogar fertig, zu behaupten: 1. die Berliner hätten weder zur Begründung noch zur Erhaltung des „Vorwärts“ etwas beigetragen, und 2. es bestche... ein „Eigentumsrecht des Parteivorstandes am „Vorwärts“. Was verschlägt es dem Verfasser des Flugblattes, daß, wenn seine Behauptungen so wahr wären, wie sie unwahr sind, der „Vorwärts“ so, wie der heutige „Vorwärts“, seit je ein Reptilienblatt des Parteivorstandes gewesen wäre! Die Partei hat im „Vorwärts“ ein Organ haben wollen und gehabt, das von selbständigen Redakteuren geleitet, die Ansicht insbesondere der Mehrheit der Berliner Genossen wiederzuspiegeln sollte. Im Gegensatz hierzu verlangte Genosse Richard Fischer, der „Vorwärts“ solle die Wünsche und Ansichten des jeweiligen Parteivorstandes journalistisch vertreten. So auch auf dem Parteitag in Gotha im Jahre 1896. Ihm antwortete damals Genosse Wilhelm Liebknecht:

„Ich opfere nicht meine Ueberzeugung. Ich bin in manchen Fragen anderer Ansicht als andere, und da gebe ich allerdings nicht nach. Und ich meine, die Partei hat, als sie mir diese Stelle gab, auch erwartet, daß ich mir die nötige Unabhängigkeit wahren werde. Ich würde es für ein großes Unglück halten, wenn der „Vorwärts“ ein sozialdemokratisches Reptilienblatt wäre. Ich habe jederzeit ein offizielles Regierungsblatt verlassen; ich würde auch keinen Augenblick in einem offiziellem Partei-Regierungsblatt verbleiben. Denn ich kann bloß da sein, wo ich vollständig meiner Ueberzeugung folgen kann.“

Nun hat es ja der Genosse Richard Fischer durch die gemeinjam mit dem jetzigen Parteivorstand unternommen Schritte erreicht, daß der heutige

„Vorwärts“ ein offizielles Partei-Regierungsblatt geworden ist. Aber das berechtigt ihn doch nicht, die geschichtlich feststehende Entstehung des „Vorwärts“ und die Eigentumsverhältnisse an der „Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co.“ auf den Kopf zu stellen. Auf beides sei nachstehend kurz eingegangen.

Die Vertrauensmänner Berlins und die sozialdemokratischen Stadiverordneten, vor allem Singer, Ewald und Tugauer, bemühten sich im Jahre 1884 um das Zustandekommen eines täglich erscheinenden sozialdemokratischen Blattes in Berlin. Die erforderlichen Mittel wurden durch opferwillige Bereitschaft der Berliner, vor allem Singers, zusammengebracht, der sofort 16 000 Mark hergab und später zur Deckung der Defizite allmählich noch über 40 000 Mark zuschoß. Zur Deckung der Defizite wurden niemals Mittel der Gesamtpartei in Anspruch genommen. Singer lehnte die Rücknahme der von ihm veranlagten Summen auch ab, als der „Vorwärts“ erhebliche Ueberschüsse abwarf.

Das „Berliner Volksblatt“ wurde von seinem Erscheinen ab, 30. März 1884, als Parteieigentum verwaltet, das heißt, die etwaigen Ueberschüsse sollten der Partei zugute kommen. Der Druck wurde durch Max Bading besorgt, der als Drucker und Verleger nach außen zeichnete. Weil Mißtrauen gegen die Art der Verwaltung des „Vorwärts“ entstand, wurde im Jahre 1887 der „Vorwärts“ ausdrücklich aus dem Privatbesitz in den Parteibesitz übergeführt. Die Berliner, durch deren rastlose, unermüdete Tätigkeit bereits vor Fall des Sozialistengesetzes das Blatt gehalten wurde und zum Aufschwung gelangte, erhielten im Jahre 1887 ausdrücklich bestimmenden Einfluß auf das Blatt. Auf dem Parteitag in Halle im Jahre 1890 wurde dem „Berliner Volksblatt“ der jetzige Titel beigelegt, das Blatt wurde zum „Zentralorgan“ gemacht, das heißt, es erhielt die Verpflichtung, die offiziellen Bekanntmachungen des Parteivorstandes zu veröffentlichen und Liebknecht wurde vom Parteitag zum vom Parteivorstand unabhängigen Chefredakteur bestellt. Natürlich konnte das alles nicht ohne Zustimmung der Berliner Genossen, deren Blatt das „Berliner Volksblatt“ war, erfolgen. Auer erklärte ausdrücklich bereits auf dem Parteitag 1890 in Halle:

„Soll das „Berliner Volksblatt“ überhaupt seine Aufgabe erfüllen, dann muß es das Organ besonders der Berliner Genossen bleiben. Dies zu ihrer Verhütung.“

Daß das „Berliner Volksblatt“ seit 1887 aus dem Privatbesitz in den Parteibesitz übergeführt ist, hat derselbe Genosse Bloede, der das jetzige Flugblatt „Zum Vorwärts-Boykott“ verantwortlich zeichnet, im Jahre 1891 auf dem Parteitag zu Erfurt (Protokoll S. 125) zugegeben. Bebel bestätigte im Jahre 1905 auf dem Parteitag zu Jena, daß die Berliner in selbstloser Weise im Jahre 1890 ihr Blatt der Gesamtpartei und damit die Verwaltung dem Parteivorstande übertragen. Er führte wörtlich (Prot. S. 186) aus:

„Wir waren der Meinung, daß das Zentralorgan nach Berlin kommen und täglich erscheinen müsse. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß wir den Berlinern ihr Blatt nicht „nehmen“ konnten, sondern sie um ihre Einwilligung fragen mußten. Da konstatierte ich nun, daß die Berliner Vertrauensmänner, die damals die Frage zu entscheiden hatten, mit der größten Bereitwilligkeit uns entgegengekommen sind.“

Aber der als „Verlag des Vorwärts“ sich aufspielende Genosse Richard Fischer sucht der Welt vorzutäuschen, den Berlinern habe niemals das Blatt gehört.

Vom Jahre 1891 ab verlangten die Berliner Einfluß auf die Gestaltung und Verwaltung des „Vorwärts“. Sie erlangten ihn. Im Jahre 1899 waren von den Abonnenten 50 000 in Berlin, nur 3000 außerhalb. Auf dem Parteitag in Hannover 1899 wurde anerkannt, daß die Berliner Parteigenossen auf ihr Blatt denselben Einfluß haben mußten, wie die Ge-

nossen jedes Lokalblattes in der Provinz. Der jetzige § 25 des Organisationsstatuts wurde geschaffen, der die Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben und die Entscheidung über alle Angelegenheiten des Zentralorgans der Berliner Preßkommission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande überträgt.

Damit ist klar festgelegt, daß die Verwaltung des Parteieigentums Vorwärts nur durch die Berliner in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande zu erfolgen hat. Das war auch bis zu dem Flugblatt „Zum Vorwärts-Boykott“ von niemand bestritten, insbesondere von Bebel und Singer und dem gesamten Parteivorstand bei der Regelung der Redaktionsverhältnisse im Vorwärts, die freilich gegen den Wunsch Richard Fishers erfolgte, ausdrücklich anerkannt. Das Flugblatt folgert gegen den klaren Wortlaut des § 25 des Statuts und gegen die ständige Praxis: Der Vorwärts steht im Eigentum der Gesamtpartei, also hat ihn der Parteivorstand zu verwalten, ja also sei der Parteivorstand sein Eigentümer! Jenen Leuten, die nicht alle werden, solange die Dummheit existiert, glaubt er diese Tauschspielerei aufhalten zu können. Der „Vorwärts“ gehört der Partei, zu verwalten hat dies Parteieigentum nach der klaren Vorschrift des § 25 aber nicht der Parteivorstand allein, sondern in Gemeinschaft mit der Berliner Preßkommission.

Die bewußte Irreführung in dem Flugblatt „Zum Vorwärts-Boykott“ über das Recht der Berliner Genossen geht aber noch weiter. Es sucht auch das Eigentumsrecht der Berliner Genossen an der offenen Handelsgesellschaft „Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Cie.“ in Frage zu stellen.

Wie steht es denn damit?

Da die Partei, sowohl die Gesamtpartei, wie die Berliner Genossen, formaljuristisch nicht als Eigentümer auftreten können, ist es notwendig, daß für sie Treuhänder als „Verleger“ des „Vorwärts“ nach außen auftreten. Treuhänder war bis zum 1. Oktober 1902 Max Bading. Von diesem Tage ab ging mit dem Druck der Zeitung „Vorwärts“ auch der Treuhandverlag auf die offene Handelsgesellschaft Paul Singer & Cie über. Diese Gesellschaft ist von den Berlinern aus ihren Mitteln gegründet. Sie ist ihr Eigentum. Das hat selbst Richard Fischer auf dem Parteitag zu Bremen (Protokoll S. 174) zugegeben. Damals lebten noch Bebel und Singer.

Die „offene Handelsgesellschaft“ Paul Singer & Cie. ist nicht Eigentümerin des von ihr betriebenen Unternehmens, sondern ist nur Treuhänderin der eigentlichen Eigentümer, der Berliner Parteigenossen. Da die Partei als solche nicht rechtsfähig ist, wurde die offene Handelsgesellschaft gegründet, um in kaufmännischen und technischen Angelegenheiten des Betriebes die Interessen der Partei zu vertreten. Auf den Charakter und die Haltung des „Vorwärts“ und auf das Verhältnis der Redakteure steht der offenen Handelsgesellschaft keinerlei Befugnis zu. Sie ist aber verpflichtet, die gemäß des § 25 des Organisationsstatuts von der Preßkommission und dem Parteivorstand gemeinsam gefassten Beschlüsse durchzuführen. Nur nach außen tritt sie als Verleger auf.

Die Gesellschafter waren ursprünglich Bebel, Singer und Ernst, jetzt Ebert und Giescholt. Keiner von ihnen hat je einen Pfennig zum Betrieb der Gesellschaft gegeben. Das haben vielmehr die Berliner Parteigenossen getan. Die Gesellschafter sind nur nach außen hin, nur nominelle Eigentümer, tatsächliche Eigentümer sind die Berliner. Gesellschafter oder deren Bevollmächtigter (Prokurist) begeben strafbare Untreue, wenn sie gegen den Willen der Berliner über das Gesellschaftsvermögen oder Teile desselben verfügen. In dem Gesellschaftsvertrag ist ausdrücklich festgelegt, daß den Gesellschaftern keinerlei Anspruch an dem Gesellschaftsvermögen zusteht und daß der Gewinn des Unternehmens lediglich den Zwecken der Partei zuzufleßen darf. Um ein Abweichen

der Gesellschafter von dem im Interesse der Partei gegründeten Treuerverhältnis zu verhalten, ist ihnen die sogenannte Reuenerkommission — Vertrauenspersonen, Funktionäre der Berliner Parteigenossen — zur Seite gestellt und sind auch die rein formalen Rechte der nach außen als Eigentümer fungierenden Gesellschafter im Gesellschaftsvertrag eingeschränkt. Die Reuenerkommission besteht aus je einer Vertrauensperson aus den 8 Wahlkreisen Groß-Berlins und der Gewerkschaftskommission. Jede dieser Vertrauenspersonen der Berliner Parteigenossen darf — wie alle Parteifunktionäre — nur so lange ihr Amt verwalten, bis sie durch Beschluß ihres Wahlkörpers abberufen wird. Wenn in der letzten Zeit entgegen diesem ausdrücklich bei Errichtung der Handelsgesellschaft geschlossenen Abkommen, einige Mitglieder der Reuenerkommission es abgelehnt haben, den Beschlüssen der Körperschaft Folge zu leisten, die sie berufen hat, ja gar trotz der Abberufung durch ihre Körperschaft noch weiter die Posten als Reuenerkommission bekleiden, so verstößt ein solches Verhalten nicht minder wie das der Gesellschafter und des Prokuristen gegen Treu und Glauben, gegen Recht und Gesetz, und macht die so Handelnden zivilrechtlich und strafrechtlich verantwortlich. Das Bewußtsein, daß dem so ist, scheint der Vater der Verdrehungen zu sein, von denen das Flugblatt „Zum Vorwärts-Dogfott“ wimmelt.

## Vorwärts-Propaganda!

Früher und jetzt!

Der Vorwärtsverlag hat neuerdings eine lebhaftere Propaganda für den neuen „Vorwärts“ entfaltet. Dabei läßt er es sich auch etwas kosten. Eine tüchtige Reklame war schon immer etwas wert; nur im Vorwärtsverlage war man auf diesem Gebiete immer etwas knauserig; schon zu der Zeit, wo es sich mehr lohnte wie heute und wo auch das Geld noch reichlicher vorhanden war, als das jetzt der Fall ist. Jetzt fliegen die Beiblätter zu der Gewerkschaftspresse nur so hinaus, jetzt prangen an den Säulen große Reklameplakate, in Bahnwagen der verschiedensten Art, in Restaurationen, überall wird auf den „Vorwärts“ hingewiesen. Kein Opfer scheint auf einmal zu groß, um den neuen „Vorwärts“ auf die Beine zu bringen. Wohl gemerkt den neuen „Vorwärts“. Für den wirklichen guten alten „Vorwärts“ hatte man weniger Propagandagelder übrig. Wie wurde da gesammelt über den großen Raumverbrauch der Redakteure. Wie wurde da gefargt und gezwackt an Mitarbeit und anderen Ausgaben. Dente spielen diese Momente ausschneidend keine Rolle.

Wie sich doch die Zeiten ändern.

Und die neueste Propaganda! Zuerst entzog man den Abtrünnigen, die die Zahlung der Abonnementsgelder bis auf weiteres verweigerten, schlank die Zeitung. Dann besann man sich und suchte diese Leute wieder auf, um ihnen den neuen „Vorwärts“ aufzunötigen, wo sie doch den alten „Vorwärts“ wollten.

Jetzt werden Bestellscheine ausgegeben, die gegen Entschädigung vertrieben werden sollen. Für ein Monatsabonnement werden 20 Pfennig Vergütung gezahlt. Und wer es fertig bekommt, ein Heft mit 10 ausgefüllten Bestellscheinen zu bringen, erhält eine Extrapremie von 1 Mark, also für 10 Abonnenten 8 Mark. Das läßt man sich gefallen. So spendabel war der Vorwärtsverlag früher nie, wo der alte „Vorwärts“ erschien.

Wie sind da die Genossen gelaufen, treppauf und treppab. Keine Mühe war unseren Parteifreunden zu

groß, um nicht für ihr Blatt, über das sie auch etwas zu sagen hatten, zu wirken. Wie oft haben die Berliner Genossen Flugblätter für den „Vorwärts“ ausgetragen, um dann noch von Wohnung zu Wohnung zu gehen und zu versuchen, ob nicht neue Leser fürs Blatt gewonnen werden können. Mehr noch! In bestimmten Vierteln und Orten, wie Neukölln, nahmen die Genossen das Opfer auf sich, acht Tage hintereinander bestimmten Personen den „Vorwärts“ ins Haus zu tragen, nur zu dem Zwecke, um die Leserschaft zu steigern. Niemand hat damals auch nur den Gedanken gehabt, die Genossen für ihre Arbeit zu entschädigen, die Genossen haben das auch gar nicht verlangt, sie hätten eine Entschädigung auch abgelehnt.

Im neuen „Vorwärts“ ist das anders. Zwar wollen die Diskutierklübler kräftig eingreifen, „nach wie vor“, heißt es in einer Erklärung von Leuten, mit deren Tätigkeit für den „Vorwärts“ es noch nie weit her gewesen ist. Aber für neue Abonnenten lassen sie sich bezahlen. So klar ist der Unterschied in der „Vorwärtspropaganda“ früher und jetzt. Der „Verlag“ bezahlt's! Es ist ja alles da! Gilt es doch die Politik des Parteivorstandes!

## Die Frauen und der Krieg.

Die Kaiserin hat am Weihnachtshilfabend an den kaiserlichen Kommissar und Militär-Inspekteur der freiwilligen Krankenpflege ein Schreiben gerichtet, in dem sie unter Hinweis darauf, daß das deutsche Volk zum dritten Male unter dem Donner der Geschütze Weihnachten begeht, den deutschen Frauen einen Gruß sendet.

In dem Erlaß wird Bezug genommen auf die Tätigkeit der Frauen auf den verschiedensten Gebieten, wie der Krankenpflege, in der Industrie und Landwirtschaft und auf alle die, die sonst im öffentlichen Leben oder auch still daheim in schwerer Not ihre bittere Pflicht erfüllen.

In der Tat hat dieser Krieg die Frau weit hinaus geführt aus den früheren Verhältnissen. Wurde schon in Friedenszeiten die Frau in immer steigendem Maße in das öffentliche Leben hineingezogen, so hat der Krieg der Frau in rascher Folge immer größere Tätigkeitsgebiete erschlossen; Gebiete, so verantwortungsvoll, wie sie früher nie einer Frau zugewiesen worden wären. Und es zeigte sich, daß man die Frauen sehr unterschätzt hatte. Alle diejenigen, die sonst den Kampf gegen die Frauennarbe auf ihr Programm geschrieben hatten, mußten verstummen; war man doch auf die Frauentätigkeit angewiesen, sollte unser Wirtschaftsleben nicht vollkommen ins Stocken geraten. Ganz abgesehen davon, daß die Frau sich einer Erwerbstätigkeit zuwenden mußte in Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Lage.

Wer aufmerksam diesen Entwicklungsprozeß beobachtet, wird viel, sehr viel lernen können. Nur auf einen Umstand möchten wir im Augenblick hinweisen. Schon heute kann jeder Unbefangene unschwer erkennen, daß die Frau eine größere Selbstständigkeit erlangt hat. Die ging vielen Frauen früher im allgemeinen ab. Die Frau war auf den Mann, den Verdienner, mehr oder minder angewiesen und sie unternahm nichts, ohne erst den Rat des Mannes eingeholt zu haben. Die Frau fühlte sich zu abhängig, zu unselbstständig, um selbst Entschlüsse zu fassen, vor allem da, wo die Frau die sehr wertvolle, erhaltende Tätigkeit in der Hauswirtschaft ausübte. Der Umstand, daß die Frau mehr und mehr ins öffentliche Getriebe direkt hineingezogen wurde, hat auch den Gesichtskreis der Frau mehr und mehr erweitert. Die Frau muß, da sie auf sich allein angewiesen ist, selbständig handeln. Sie muß oft sogar selber anordnen,

wo sie früher nur die Anordnungen entgegenzunehmen gewohnt war.

Die Lebensmittelnöte, unter denen die Frauen in erster Linie leiden, schon weil sie den Einkauf zu besorgen haben, haben auch der Frau ein größeres Verständnis für unser Wirtschaftsleben beigebracht und ermöglichen ihr auch ein Urteil über die heutigen Zustände, das zehnmal zutreffender ist, als das vieler studierter Herren, die am grünen Tisch über die Sachlage philosophieren und sich die Finger wund schreiben.

Fest gilt es, der Frau auch klar zu machen, daß sie Sozialistin werden muß, will sie dazu beitragen, daß die Menschheit ein für allemal von ihrer Plage erlöst werden soll. Es gilt, auch der Frau politische Rechte zu erkämpfen, auf die sie heute mehr noch wie früher einen Anspruch hat. Es gilt, die Frau den politischen Organisationen der Partei zuzuführen, in denen der Kampf um politische Rechte in geschlossenem Rahmen geführt wird. Und das sollte sich jeder Genosse und jede Genossin zur Pflicht machen!

### Lebensmittelanordnungen.

Die Milchversorgung Groß-Berlins liegt sehr im Argen. Größere Mengen von Vollmilch werden noch zu Sahne verarbeitet, um das Bedürfnis eines gewissen Teils der Bevölkerung nach Sahne zu befriedigen. Eine unkontrollierbare große Zahl älterer Sahnenatteste muß im Umlauf sein, sonst wäre es nicht zu erklären, daß eine hiesige Groß-Molkerei allein einige Hundert Liter Sahne auf Atteste täglich ausgeben zu müssen behauptet. In Zukunft wird die Erlangung von Sahne nur in der gleichen Weise wie die der Vollmilch für Kranke möglich sein. Die Kranken, die der Sahne bedürfen, müssen daher ein ärztliches Attest, für das von den Gemeinden (in Berlin vom Medizinalamt, Berlin, Fischerstraße 39/42) besondere Formulare ausgegeben werden, einreichen. Die Bewilligung wird von den Medizinalbehörden der einzelnen Gemeinden nur in den dringendsten Fällen ausgesprochen. Mit Inkrafttreten der neuen Sahnenkarten am 10. Januar 1917 verlieren alle bisherigen Anweise ihre Wirkung. Die Meiereien und die Milchhändler machen sich strafbar, wenn sie nach dem 10. Januar 1917 Sahne anders als gegen die neuen Sahnenkarten unter Abtrennung des für den Tag bestimmten Abschnittes abgeben.

In Zukunft sollen auch Milchpräparate (Eisen, Joghourt, Lezithinmilch, Kefyr und ähnliches) der Vollmilch gleichgestellt werden. Diese Präparate werden nur noch auf Vollmilchkarten ausgegeben, so daß der einzelne Kranke, der der Stärkung durch Milch zu bedürfen glaubt, entweder Vollmilch oder eines der erwähnten Milchpräparate beziehen darf.

Die wöchentliche Fettmenge hat eine Einschränkung erfahren insofern, als nur noch 50 Gramm Butter anstatt 60 Gramm und 30 Gramm Margarine verabfolgt werden.

### Aus der Partei.

Er ist an der Arbeit! Der Parteivorstand nämlich, um die „Gleichheit“ und anscheinend auch die „Neue Zeit“ zu frangulieren. Diese beiden Organe schreiben durchaus nicht so, wie der Parteivorstand das will. Und nachdem der Gewaltstreik gegen die Berliner Genossen vollzogen und ihnen ihr Blatt entziffen worden ist, kann man auf diesem Wege ruhig weiter gehen, es ist ja ein Aufwaschen. Zunächst mußte der Boden vorbereitet werden.

Vor kurzem nahm in Württemberg eine Frauenkonferenz Stellung gegen die „Gleichheit“ und drohte, sie durch das „Gewerkschaftliche Frauenblatt“ zu ersetzen, wenn sie weiter gegen die Rechte der Partei opponiere. Kürzlich brachte die „Chemikerin“ einen scharfen Artikel gegen die „Gleichheit“ und die Genossin Zedlin, in dem sie zum Schluß den Parteivorstand zum Vorgehen gegen unser Frauenblatt aufruft. Natürlich ist nunmehr dem P. B. ein willkommener Anlaß gegeben, sich mit der „Gleichheit“ zu beschäftigen, wenn sich der P. B. auch nicht scheut, selber die Initiative zu ergreifen. Aber so macht sich die Sache leichter: „Auf Anregung der Genossen!“

Ob die zirka 40000 Abonnenten der „Gleichheit“ sich ein Vorgehen gegen ihr Blatt oder deren Redaktion werden ruhig gefallen lassen? Und was wird die Internationale Frauenbewegung dazu sagen, deren Publikationsorgan die „Gleichheit“ ist?

### Heiteres.

Hurra! Es ist in deutschen Landen  
Ein Geistesheros auferstanden.  
Ein Denker und ein Held zugleich....  
Heil, dreifach Heil dir, Deutsches Reich!

Mit Staunen lauscht man allerorten  
Des großen Mannes weisen Worten,  
Mit Staunen sieht die ganze Welt,  
Wie er mit Göttern Zwiegespräch hält.

Wie vornehm spricht er, wie gelassen....  
Kaum kann man seinen Adel fassen.  
Gewiß, er zählt voll Seelenruh'  
Sich unsern ersten Geistern zu.

Was keiner weiß, er weiß es sicher,  
Und er geht drauf, wie Marshall Blücher.  
Ihr fragt, ich seh's euch allen an,  
Wer ist, wie heißt der große Mann?

Ist's Hindenburg? Ist es der Kaiser?  
O nein, der Mann ist zehnmal weiser.  
Ist's Ludendorff? Ist's Falkenhahn?  
O nein, der Mann muß größer sein!

Ist's Haase? Hör ich schon euch fragen,  
Ist's Ledebour? Ist es Stadthagen?  
Nein, keiner reicht an ihn heran —  
Hoch lebe Philipp Scheidemann!

(Aus dem Kladderadatsch vom 24. Dez. 1916.)

### Arbeiterbildungsschule.

Das Bildungsinstitut der Groß-Berliner Arbeiterschaft, die Arbeiterbildungsschule, wird auch im zweiten Vierteljahre des dritten Kriegswinters seine Tätigkeit fortsetzen. Der Lehrplan für die Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1917 sieht wieder eine Anzahl von Kursen und Vortragsferien vor, die die geistig reifem und vorwärts und aufwärts strebenden Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen mit wichtigen Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus und mit interessanten Gebieten der Allgemeinbildung vertraut machen sollen. Es ist zu hoffen, daß uns das Jahr 1917 den heißersehnten Frieden bringen wird; damit wird aber auch die Arbeiterbewegung und der Sozialismus vor neue Aufgaben und Probleme gestellt werden, schwerwiegende Entscheidungen von der Arbeiterschaft getroffen werden müssen. Jeder Arbeiter, der nicht bloß als tote Nummer in den Mitgliederlisten unserer Organisationen figurieren und nicht willenlos und in stumpfer Ergebung über sich ergehen lassen will, was höheren Dries über das Schicksal der Arbeiterklasse verfügt wird, hat die Pflicht, sich nach Kräften mit geistigem Nützzeug für die kommen-

den Kämpfe zu versehen. Dazu will ihm die Arbeiterbildungsschule auch im kommenden Vierteljahr behilflich sein. Wir richten daher an die Genossen die Bitte, für einen recht zahlreichen Besuch der Kurse und sonstigen Veranstaltungen der Schule Sorge zu tragen, nicht zuletzt auch die jüngeren und die weiblichen Mitglieder unserer Organisationen auf die Wahrnehmung der durch die Schule gebotenen Bildungs- und Aufklärungsgelegenheiten hinzuweisen.

Die Kurse, die je acht Abende umfassen, werden in der dritten Januarwoche ihren Anfang nehmen.

**Dienstag, den 16. Januar,** beginnt ein Kursus mit dem Thema: „Vom Kapitalismus zum Sozialismus“, in dem die wirtschaftlich-politische Entwicklung der letzten 50 Jahre so wie die Ziele, Kampfmittel und nächsten Zukunftsaufgaben des Sozialismus behandelt werden sollen. Vortragender ist Genosse **Ernst Däumig**.

**Sonnabend den 20. Januar,** nimmt ein Kursus des Genossen **Eduard Bernstein** seinen Anfang, in dem das Thema: „Staats- und Gesellschaftsideale im Laufe der Jahrhunderte“ behandelt wird und in dem dargelegt werden soll, wie in der Geschichte der Menschheit der Gedanke einer Sozialisierung der Gesellschaft mehr und mehr Boden gewinnt und seiner Verwirklichung näher kommt.

Für die Sonntagabende sind wieder je vier Abende umfassende Vortragsserien vorgesehen.

**Sonntag, den 14., 21., 28. Januar und 4. Februar** wird eine Vortragsreihe beginnen, die einem Gebiete der Kunstgeschichte oder der Länder- und Völkerkunde gewidmet sein soll und durch Lichtbilder erläutert wird. Das Nähere wird noch bekannt gegeben werden.

**Sonntag, den 11., 18., 25. Februar und 4. März** werden vier Vorträge über Photographie gehalten werden. Da der photographische Apparat auch in weiten Arbeiterkreisen Eingang gefunden hat und nicht zuletzt auch die jüngeren Arbeiter gern mit der Kamera in die Natur hinaus wandern, soll in dieser Vortragsreihe das Verständnis für die photographische Betätigung vermittelt werden. Neben der theoretischen und praktischen Unterweisung im Gebrauch der Apparate soll auch das künstlerische Sehen und die Schulung des Auges gefördert werden. Vortragender ist Genosse **Paul Fohn**, der als Theoretiker und Praktiker auf dem Gebiete der Liebhaberphotographie reiche Erfahrungen sammeln konnte.

**Sonntag, den 11., 18., 25. März und 1. April** finden wieder vier musikalische Vorträge mit Erläuterung am Klavier usw. des Genossen **Leo Kestenberg** statt, die der Förderung des Musikverständnisses dienen sollen und sich stets großer Beliebtheit und starken Zuspruchs erfreut haben.

\* \* \*

Alle Kurse und Vorträge finden im Hörsaale der Arbeiterbildungsschule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt.

Die Kurse an den Abenden der Wochentage beginnen um 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr und enden gegen 10 Uhr. Die Sonntagsvorträge nehmen pünktlich um 8 Uhr ihren Anfang.

Angesichts der durch die Kriegsverhältnisse verursachten schwierigen Finanzlage unserer Groß-Berliner Organisationen muß leider wieder auf das früher in der Arbeiterbildungsschule übliche Kursushonorar zurückgegriffen werden. Für den acht Abende umfassenden Kursus wird daher von jetzt ab wieder eine Teilnehmergebühr von einer Mark erhoben.

Für die Sonntagsvorträge wird für den Abend ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig erhoben. Nur für die musikalischen Vorträge ist wegen der erhöhten Unkosten durch Beschaffung des Blügels usw. ein Eintrittsgeld von 20 Pfennig vorgesehen.

\* \* \*

Die Bibliothek der Schule ist an allen Abenden, an denen Kurse stattfinden, von 8 Uhr an geöffnet und kann gegen genügende Legitimation wie Teilnehmerkarte usw. von Jedermann unentgeltlich benutzt werden.

Während der Wochen, in denen Kurse nicht abgehalten werden, ist die Bibliothek jeden Donners-tag von 8-9 Uhr geöffnet.

Unserem Genossen und Funktionär **Emil Gruhlke** **nebst Gattin** zu ihrem 25 jährigen Ehejubiläum die herzlichsten Glückwünsche!  
**Die Funktionäre der 15. Abteilung.**

### „Männer- und Frauen-Chor Ost“.

M. d. D. A.-S.-B. Gau Berlin.

#### Nachruf!

Am 16. Dezember verstarb nach langer Krankheit unser lieber Freund und treuer Sangesbruder

**Fritz Stanisjewski.**

Die Beerdiigung hat am Freitag, den 22. Dezember, stattgefunden.

Der Verstorbene hat sich im Verein ein bleibendes Andenken gesichert. **Der Vorstand.**

### Nachruf.

#### 2. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 23. Dezember, starb unser alter, lieber Genosse

**Johann Moranz**

im Alter von 66 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

#### 4. Wahlkreis.

Am 22. Dezember 1916 verstarb unsere Genossin

**Anna Conrad, Zorndorferstr. 19.**

Ehre ihrem Andenken!

#### 6. Wahlkreis.

Am 12. Dezember verstarb unser Genosse, der Bodenleger

**Paul Fehner, Kopenhagenerstr. 16.**

Ehre seinem Andenken!

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein Niederbarnim.

#### Bezirk Lichtenberg.

Am 25. Dezember verstarb unser Genosse

**Johann Henmann**

Lichtenberg, Tasdorferstr. 19. Gruppe 86.

Ehre seinem Andenken!